

Der Landbote  
8401 Winterthur  
052/ 266 99 01  
www.landbote.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 30'174  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.077  
Abo-Nr.: 1094524  
Seite: 27  
Fläche: 71'351 mm<sup>2</sup>

## STÄNDERAT FINANZAUSGLEICH

# Millionen-Duell endet mit Sieg auf Ansage

**Das Volumen des nationalen Finanzausgleichs wird nicht reduziert: Empfängerkantone wie Bern und Freiburg müssen nicht sparen – der Bund und finanzstarke Geberkantone wie Zürich müssen weiterhin mehr zahlen. Das hat gestern der Ständerat entschieden.**

Natürlich haben die Empfängerkantone gewonnen. Alles andere wäre eine Sensation gewesen. Der Ständerat piffte gestern den Bundesrat zurück, der das Volumen des nationalen Finanzausgleichs (NFA) ab 2016 um rund 330 Millionen Franken im Jahr kürzen will. Das ergäbe eine Reduktion um knapp 9 Prozent, die direkt die wirtschaftlich schwächeren Empfängerkantone trafe. Bern zum Beispiel müsste auf 90 Millionen Franken im Jahr verzichten, Freiburg auf 25 Millionen. Im Gegenzug würden der Bund sowie die finanzstarken Kantone wie Zürich, Genf, Basel oder Zug entlastet. Die Zürcher müssten rund 40 Millionen Franken im Jahr weniger abliefern. Dass sie im Ständerat auf verlorenem Posten kämpfen, war jedoch absehbar: Es gibt 17 Nehmer- und nur 9 Geberkantone. Sie verloren gestern folgerichtig mit 16 gegen 26 Stimmen.

Das Geschäft geht nun an den Nationalrat, in dem es für die Zahler nicht viel besser aussieht: Auf sie entfallen 85 der 200 Nationalratsmandate. Sie können nur hoffen, dass sich die Nationalräte weniger strikt vom finanziellen Interesse ihrer Kantone leiten lassen. Im Ständerat verlief die Konfliktlinie quer durch die Parteien entlang des «Grabens» zwischen Gebern und Nehmern.

**Laut dem Bundesrat ist der NFA «überdotiert»**

Der Ständerat liess sich vom NFA zu einer lebhaften, gut dreistündigen Debatte animieren. Es fielen harte Voten, vor allem von den Ständeherrn aus Zug und Schwyz, die pro Einwohner gerechnet am meisten in den NFA einzahlen. Doch nicht einmal sie stellten den Finanzausgleich grundsätzlich infrage.

Heftig umstritten war einzig die Frage, wie der NFA, der erst 2008 eingeführt worden ist, ausgelegt werden muss. Konkret geht es um das Mindestziel, das im Gesetz verankert ist: Demnach wird «angestrebt», dass dank den NFA-Millionen auch der «ärmste» Kanton (Uri) ein Niveau von mindestens 85 Prozent der durchschnittlichen Finanzkraft erreicht. Nun hat aber Uri diese Limite seit 2012 stets übertroffen – spricht: Der NFA sei «überdotiert», sagte Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf.

Für Bund und Geberkantone ist der Fall klar: Es ist zu viel Geld im System. Die «Systemlogik», so der Zürcher Felix Gutzwiller, verlange eine Reduktion des Volumens. Die Zahler fühlen sich unfair behandelt, wenn die Umverteilung nicht reduziert wird, obwohl das System das seinerzeit ausgehandelte Mindestziel über längere Zeit übertrifft. Diese Sichtweise vertrat auch Ständerat Hans Altherr, der keine einfache Position hatte: Als Ausserthoder ist er zwar an hohen NFA-Zahlungen interessiert, als Präsident der Finanzkommission räumte er jedoch offen ein, dass der Bundesrat in der Sache Recht

habe. Altherr löste sein Dilemma, indem er sich enthielt. Auf der

Seite der Empfänger fiel auf, dass sich der viel geschmähte Kanton Bern – in absoluten Zahlen der grösste Bezüger – zurückhielt. Seine Ständeräte Werner Luginbühl und Hans Stöckli liessen sich nicht einmal durch eine Bern-Attacke des Zegers Peter Bieri zu einem Votum verleiten.

**«Die Schere hat sich weiter geöffnet»**

Die Vertreter der Empfängerkantone führten primär zwei Argumente ins Feld: Erstens legten sie das Mindestziel anders aus. Aus ihrer Sicht dürfe diese Grenze getrost überschritten werden, da es sich um ein Mindestziel und nicht um eine fixe Vorgabe handle.

Zweitens verwiesen sie auf die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Kantonen, die trotz NFA weiter anwachsen. In der Tat ist die Differenz zwischen dem «reichsten» Kanton Zug und Uri am anderen Ende der Rangliste zurzeit grösser als zu Beginn des NFA. «Die Schere hat sich weiter geöffnet», hielt stellvertretend für viele der Glarner Werner Hösli fest.

**Die meisten Geberkantone sind keine Steueroasen**

Andere störte, dass mit einer Reduktion des NFA Zuger oder Schwyzer entlastet würden, die ohnehin wenig Steuern zahlten, während etwa die steuerlich geplagten Berner womöglich weitere Sparmassnahmen beschliessen müssten. Sie wurden jedoch



Der Landbote  
8401 Winterthur  
052/ 266 99 01  
www.landbote.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 30'174  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.077  
Abo-Nr.: 1094524  
Seite: 27  
Fläche: 71'351 mm<sup>2</sup>

von Anita Fetz (BS) daran erinnert, dass die Mehrheit der Geberkantone wie Genf, Basel oder Waadt keine Steueroasen sind. Zudem haben viele NFA-Nehmer die Steuern gesenkt, teils massiv, allen voran das «arme» Uri.

Der Schaffhauser Hannes Germann ermahnte die Nehmerkantone, den Gebern entgegenzukommen: «Wir können den NFA nur in der Balance halten, wenn er auch von den Kantonen akzeptiert wird, die ihn finanzieren.»

## NATIONALER FINANZAUSGLEICH

### Warum die Geberkantone keine Chance gegen die Nehmer haben

Diese 17 Kantone erhalten Geld aus dem Finanzausgleich



BE	VS	FR	SG	LU	GR	TG	SO	NE	AG	JU	UR	GL	AR	TI	OW	AI
1233	560	417	405	332	276	238	227	207	180	166	86	73	47	35	30	18

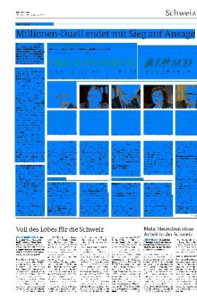
Ein- und Auszahlungen in den Finanzausgleich in Mio. Franken, inkl. Lasten- und Härteausgleich, 2015

Diese 9 Kantone und der Bund müssen in den Finanzausgleich einzahlen



ZH	ZG	GE	SZ	BS	VD	NW	BL	SH	Bund
417	317	256	162	92	23	21	5	2	3238

Grafik: nid / Quelle: EFV, fatale



Der Landbote  
8401 Winterthur  
052/ 266 99 01  
www.landbote.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 30'174  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.077  
Abo-Nr.: 1094524  
Seite: 27  
Fläche: 71'351 mm<sup>2</sup>



«Aus gewissen Kantonen hören wir so viel Gejammer, dass ich mich frage, ob es um Realität oder Fiktion geht.»

*Markus Stadler, Uri, GLP*



«Ich denke nicht, dass wir etwas dafür können, dass Solothurn nicht zu den begüterten Kantonen gehört.»

*Pirmin Bischof, Solothurn, CVP*



«Wenn wir drohen, das NFA-Geld auf ein Sperrkonto zu leiten, ist das kein Witz. Bei uns ist Alarmstimmung.»

*Peter Föhn, Schwyz, SVP*



«Ich danke allen, die gesprochen haben. Ich danke aber auch allen, die nicht gesprochen haben.»

*Hans Altherr, Appenzell A., FDP*



«Normalerweise sagen wir: Wer zahlt, befiehlt. Im Finanzausgleich ist es umgekehrt: Wer nimmt, befiehlt.»

*Anita Fetz, Basel-Stadt, SP*



Der Landbote  
8401 Winterthur  
052/ 266 99 01  
www.landbote.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 30'174  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.077  
Abo-Nr.: 1094524  
Seite: 27  
Fläche: 71'351 mm<sup>2</sup>

## DARUM GEHT ES

**Alle vier Jahre** entscheiden National- und Ständerat, wie der nationale Finanz- und Lastenausgleich für die kommenden vier Jahre dotiert wird. Damit legt das Parlament jeweils das Ausmass der freundeidgenössischen Umverteilung fest.

Dabei geht es zum einen um den eigentlichen Finanzausgleich: den **Ressourcenausgleich**. Hier fliessen zurzeit etwa 3,8 Milliarden Franken pro Jahr vom Bund und 9 finanzstarken

Kantonen zu den anderen 17 Kantonen (siehe Hauptartikel).

Zum anderen geht es um die beiden **Lastenausgleichstöpfe**, über die geotopografische Lasten in Landregionen sowie soziodemografische Lasten in städtischen Gebieten teilweise abgegolten werden. Hier geht es «nur» um je 360 Millionen Franken, die allein der Bund zahlt. Die Verteilung bleibt fifty-fifty, obwohl die Soziallasten rein rechnerisch schwerer wiegen. *fab*

## KLEINER AFFRONT AM RANDE

**Reiner Wein im falschen Hals.** Nidwalden zählt im Finanzausgleich zu den Geberkantonen. Deshalb hat sein Landrat eine **Standesinitiative für eine NFA-Reform** lanciert. Die Finanzkommission des Ständerats lud dann eigens den Nidwaldner Regierungsrat Alfred Bossard nach Bern, um die Initiative zu begründen. Dort wurde ihm zuerst aber erklärt, dass die Sache sowieso schon gelaufen sei und die Initiative abgelehnt werde –

danach durfte Bossard die Initiative vorstellen. Der Nidwaldner Ständerat Paul Niederberger kritisierte dies gestern, worauf sich **Kommissionspräsident Hans Altherr** entschuldigte. Aus seiner Sicht ist der Fall speziell: Die Nidwaldner Initiative nahm bekannte Forderungen auf, die die Finanzkommission bereits verworfen hatte. Altherr wollte dem Gast darum reinen Wein einschenken, der diesem offenbar in den falschen Hals geriet. *fab*